

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Trauer um die Opfer
von Paris – kein Zurück-
weichen vor dem Terror



Seite 11:
25 Jahre Sächsischer
Landtag im Haus
der Kirche gewürdigt



Seite 22:
Kollegveranstaltung
zur Landtagsgeschichte
im Ständehaus

Ausgabe
8.15



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in der Nacht vom 13. auf den 14. November richtete eine Gruppe islamistischer Terroristen im Zentrum von Paris ein Massaker an. Wir beklagen über 120 Tote und Hunderte zum Teil schwer verletzte Menschen, darunter deutsche Mitbürger. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen der Ermordeten. Ihnen drücken wir unser tief empfundenes Beileid aus. Den Verletzten wünschen wir Genesung. Allen Überlebenden wünschen wir die Kraft, das Geschehene zu verarbeiten. Dem französischen Volk sagen wir: Wir trauern mit Ihnen und stehen unverbrüchlich an Ihrer Seite.

Wir haben einen brutalen Angriff auf Freiheit und Menschlichkeit in Europa erleben müssen. Der islamistische Extremismus hat unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft den Krieg erklärt. Wir verurteilen die grausame Tat und den erbärmlichen Versuch, den Massenmord zu legitimieren. Wir werden uns den mörderischen Feinden von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat entschlossen entgegenstellen. Keinesfalls werden wir uns dem Angriff auf unser Wertesystem, unser Denken und unsere Lebenskultur beugen.

Jemand, der uns in beeindruckender Weise – im sogenannten Deutschen Herbst 1977 – gezeigt hat, dass sich eine offene Gesellschaft, dass sich eine Demokratie unter keinen Umständen Terroristen beugen darf, war Bundeskanzler Helmut Schmidt. Sein Tod am 10. November ist ein herber Verlust.

Für die deutsche Demokratie und Gesellschaft hätte Helmut Schmidts Lebenswerk kaum größer sein können. Der Sozialdemokrat war ein deutscher Staatsmann ersten Ranges, ein überzeugter Europäer, anerkannt über Landes- und Parteigrenzen hinweg. Helmut Schmidt wirkte mit aller Kraft für das Wohl unseres Landes sowie für ein friedliches und vereintes Europa. Er handelte hierbei auch in schwersten Zeiten mit Mut, Augenmaß und Vernunft. Er bewies Standfestigkeit ebenso wie moralische Autorität, wenn es die Stunde gebot.

Matthias Rößler
Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

// Ausstellung »Leipziger Notenspur – Musik bewegt die Stadt« // Foto: O. Killig

PLENUM

23. Sitzung des Sächsischen Landtags
Trauer um die Opfer von Paris
CDU und SPD: Kein Zurückweichen vor dem Terror, Freiheit und Werte verteidigen 4
23. Sitzung des Sächsischen Landtags
Flüchtlinge integrieren
DIE LINKE: Angebote der Wirtschaft und des Handwerks jetzt nutzen 6
- Hintergrundinformation zur
Integrationsbereitschaft sächsischer Unternehmen 7
24. Sitzung des Sächsischen Landtags
Brücken in die Zukunft
CDU und SPD: Investitionssicherheit für Sachsens Kommunen bis 2020 8
24. Sitzung des Sächsischen Landtags
Verderben viele Töpfe den Brei?
GRÜNE beantragten Debatte zur Hochschulfinanzierung 10

AKTUELLES

- 25 Jahre Sächsischer Landtag**
Parlament erinnerte an den demokratischen Neuanfang am 27. Oktober 1990 12

SONDERTHEMA

- Erste Landtagswahlen im vereinten Deutschland**
Am 14. Oktober 1990 wurde der
1. Sächsische Landtag gewählt. 15

JUGEND

- Enthusiasmus, gepaart mit Kompetenz**
11. Jugendgeschichtstag im Sächsischen Landtag 16

EUROPA

- Grenzüberschreitende Kooperation**
Seminar des Ausschusses der Regionen in Liberec 18

PARLAMENT

- Vom »Tal des Todes« zu »blühenden Landschaften«**
5. Exkursion der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtags e.V. 19

AUSSTELLUNG

- Folgen Sie der Notenspur!** 20

GESCHICHTE

- »Geschichte der Landtage:
Nur wer redet, wird auch gehört«** 22

SERVICE

- Weitere Informationen** 24

Menschlichkeit und demokratische Werte verteidigen

Foto: © vivalapenler | iStockphoto.com

// Die 23. Sitzung des Sächsischen Landtags stand im Zeichen der brutalen islamistischen Terroranschläge vom 13. November 2015 in Paris. Die Abgeordneten brachten ihre Trauer um die Opfer zum Ausdruck und forderten die entschlossene Verteidigung von Menschlichkeit und demokratischen Werten. Eine weitere Debatte befasste sich mit der Integration von Flüchtlingen. In der 24. Sitzung wurde über die Investitionssicherheit für Sachsens Kommunen und über Fragen der Hochschulfinanzierung diskutiert. //



Trauer um die Opfer von Paris

CDU und SPD: Kein Zurückweichen vor dem Terror, Freiheit und Werte verteidigen

Foto: S. Füssel

Ganz Europa, so Ministerpräsident Stanislaw Tillich, trauere mit Frankreich um die Opfer der Anschläge von Paris – auch Deutschland, auch Sachsen. Darauf werde besonnen, aber nicht arglos reagiert, um zu bewahren, was unsere Gesellschaft stark mache: die Freiheit des Einzelnen, die Gleichheit an Würde und die Brüderlichkeit im Umgang miteinander. Der Brutalität der Terroristen werde mehr Demokratie entgegengesetzt. Alle seien aufgerufen, ihre Freiheit zu leben – als Bürger, als Demokraten, als Europäer. Freiheit werde gelebt, indem man Hass und Gewalt Menschlichkeit entgegenseetze und einen Beitrag dazu leiste, die Kriege als Fluchtursachen zu beenden. Solidarität und

// In der Aktuellen Stunde zur 23. Sitzung des Sächsischen Landtags am 19. November haben die Abgeordneten ihre Trauer um die Opfer von Paris zum Ausdruck gebracht. Auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD forderten sie, vor dem Terror nicht zurückzuweichen und unsere Freiheit und Werte zu verteidigen. //

Sicherheit seien kein Widerspruch, sondern gehörten zusammen. Wir würden der Aufgabe gerecht, wenn sich die zu uns Kommenden in unsere Rechts- und Werteordnung integrierten und wir sie von Anfang an dabei unterstützten.

Fassungslos und tief betroffen

Ergriffen von den Terrorakten zeigte sich Frank Kupfer, CDU. Die Ereignisse in Paris machten uns noch immer fassungslos und tief betroffen. Er sehe in

den Anschlägen islamistischer Extremisten einen gezielten Angriff auf die europäischen Staaten, die Grundordnung und die Wertegemeinschaft der gesamten westlichen Welt. Aber auch Flüchtlinge lebten in Angst, wenn ihnen der Terror nach Europa folge, vor dem sie aus ihrer Heimat geflohen seien. Die Fundamentalisten dürften nicht mit dem gesamten Islam als Weltreligion gleichgesetzt werden. Vielmehr müsse man jetzt noch entschiedener gegen islamistische Hassprediger vorgehen. Kupfer dankte der Polizei und dem Verfas-

Uwe Nösner

sungsschutz für ihre Arbeit und die Anstrengungen zum Schutz der Menschen in unserem Land und verlangte mehr Respekt vor den Leistungen der Sicherheitsbehörden. Gleichzeitig forderte er deren weitere Stärkung.

Flüchtlinge erste Opfer

Die Terroranschläge von Paris dürften uns nicht lähmen. Angst sei Nährboden für neuen Hass, sagte Dirk Panter, SPD. Er warne davor, auf dem Rücken der Toten von Paris eine Flüchtlingsdebatte zu beginnen. Die Menschen, die aus Syrien geflüchtet seien und flüchteten, zählten zu den ersten Opfern der Terroristen des Islamischen Staates. Man dürfe den Draht-



// Frank Kupfer



// Dirk Panter



// Rico Gebhardt



// Dr. Frauke Petry



// Volkmar Zschocke

ziehern dieser terroristischen Anschläge, die Hass und Zwi- tracht säen wollten, nicht auf den Leim gehen. Wer Hass mit Hass beantwortete, der mache einen fundamentalen Fehler. Es sei unsere demokratische Verantwortung, keine Polarisie- rung der Gesellschaft zuzulas- sen, sondern vielmehr dagegen anzukämpfen. Das gelte auch für die beginnende Kriegs- rhetorik, die der IS fördern wolle. Wer von einem Krieg gegen den Terror spreche, der könne dabei Gefahr laufen, den »Islamischen Staat« zu legitimieren.

Solidarität als Antwort

Rico Gebhardt, DIE LINKE, wies darauf hin, dass die Töne aus Paris und Berlin nicht nur Trauer, sondern auch eine starke Kriegslogik in sich trügen. Der Krieg gegen den Terror dauere jetzt fast anderthalb Jahrzehnte und habe sich längst als die fal- sche Antwort auf den 11. Sep- tember 2001 in New York und alle seitdem verübten Terror- anschläge erwiesen. Sachsen brauche eine unerschrockene und sensible Zivilgesellschaft und vor allem Solidarität mit denjenigen, die vor dem Islamischen Staat ge- flüchtet und zu uns gekommen seien. Das sei die beste Antwort auf den Wahnsinn des IS. Wir brauchten vor allem keinerlei Einschränkung von demokrati- schen Freiheits- und Bürger- rechten. Die Absage des Fuß- ballspiels in Hannover sei ein großer Fehler gewesen.

Bürgerrechte stärken

Dr. Frauke Petry, AfD, sprach sich gegen noch mehr Ein- schränkungen bei den Bürger- rechten aus. Das sei nicht die richtige Antwort auf die Terror- anschläge von Paris. Zugleich verteidigte sie die PEGIDA-Be- wegung. Deren Demonstratio- nen hätten einen gesellschaft- lichen Diskurs angestoßen, dem sich die meisten Parteien, auch im Sächsischen Landtag, nach wie vor verweigerten. Ihre Partei fordere von Sachsen und der Bundesregierung, alles dafür zu tun, den Rechtsstaat und die Bürger zu schützen.

Statt verstärkter Überwachung der eigenen Bürger müssten jetzt Grenzen kontrolliert, Asyl- verfahren reformiert und die Freiheitsrechte viel ernster genommen werden, als die bisher der Fall gewesen sei.

Gegen Ausgrenzung

Volkmar Zschocke, GRÜNE, be- tonte, dass es die Freiheit nicht nur gegen Terroristen, sondern auch gegen jene zu verteidigen gelte, die diese Situation jetzt für ihre Ziele missbrauchten und die Angst vor Fremden und fremden Religionen schürten

oder die Freiheit falschen Vorstellungen von Sicherheit opferten. Die verständlichen Sicherheitsbedürfnisse und Ängste anzuerkennen heiße eben gerade nicht, auf Ausgren- zung, Abschreckung und Panik- mache zu setzen. Die Angriffe auf Freiheit, Frieden und Huma- nität könnten nicht abgewehrt werden, indem man Freiheit, Frieden und Humanität dafür zum Opfer bringe.



www.landtag.sachsen.de



// Stanislaw Tillich

Solidarität und Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern gehören zusammen.

23. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher



23. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Unter dem Titel »Geflüchtete über Sprache, Ausbildung und Beschäftigung integrieren – Jetzt Angebote der Wirtschaft und des Handwerks nutzen!« debattierten die Abgeordneten in der 23. Sitzung am 19. November 2015 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE über die Integration von Flüchtlingen in Sachsen. Lesen Sie auch die Hintergrundinformationen auf Seite 7. //

Flüchtlinge integrieren

Uwe Nösner

DIE LINKE: Angebote der Wirtschaft und des Handwerks jetzt nutzen

Eingangs verwies Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, auf eine Befragung der IHK Dresden, nach der 63 Prozent der befragten 2.500 sächsischen Unternehmen ihre Beschäftigungsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden signalisiert hätten. Jetzt sei die Sächsische Staatsregierung am Zuge, um auf die Angebote, aber auch auf die Forderungen der Industrie- und Handelskammern im Interesse der bevorstehenden Integrationsaufgaben zu reagieren. Jörg Kiesewetter, CDU, machte hingegen auf die noch immer bestehenden Lücken im System des Spracherwerbs aufmerksam. Er begrüße es deshalb ausdrücklich, dass die Sächsische Sprachförderrichtlinie jetzt zeitnah erlassen werde. Die notwendigen und sinnvollen Grundinvestitionen in den Spracherwerb müssten vom Zeitpunkt der Einreise an und vor der Wahrnehmung weiterer Integrationsangebote getätigt werden.



// Luise Neuhaus-Wartenberg //
Foto: R. Deutscher

Turbo einschalten

Seine Partei, so Henning Homann, SPD, habe im Koalitionsvertrag beim Thema Integration einen Motor eingebaut. Jetzt müsse bezüglich des Arbeitsmarktes auf den Turbo umgeschaltet werden. Mit Integration könne nicht gewartet werden. Sie werde von Anfang an gebraucht. Sprache, Bildung

und Arbeit seien die zentralen Punkte. Zuwanderung werde die Probleme auf dem Arbeitsmarkt und bei der demografischen Entwicklung zwar nicht lösen, aber auf diesem Wege sehr hilfreich sein. Mario Berger, AfD, vertrat dazu die Auffassung, dass vor einer Debatte über Integration dafür gesorgt werden müsse, die Spaltung der Gesellschaft zu beenden. Immer mehr Bürger fragten sich, warum die Bildungsstandards in unserem Land immer mehr abgesenkt würden, damit Flüchtlingskinder zu einem Schulabschluss gelangten und auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden könnten. Unser guter Bildungsstandard sei eines der wichtigsten Güter.

Bessere Rahmenbedingungen

Petra Zais, GRÜNE, bezeichnete das nicht ausreichende Bleiberecht als Hauptgrund für die

geringe Vermittlung in Arbeit und Ausbildung. Deshalb gehöre in die Debatte auch der Bezug zum Asylverfahrensrecht. Ihre Fraktion wünsche sich, dass die Rahmenbedingungen für eine tatsächlich gelingende Integration mit der gleichen Vehemenz und Energie wie die Forderungen nach schnellerer Abschiebung angegangen würden. Auch Wirtschaftsminister Martin Dulig betonte, dass reguläre Beschäftigungen in sächsischen Unternehmen mit der Bleibeperspektive verbunden seien. Kein Unternehmen werde Flüchtlinge einstellen, wenn deren Verbleib ungewiss sei. Deshalb würden schnelle und faire Verfahren gebraucht. Zudem dürften Jugendliche, die eine Ausbildung in Sachsen machten, während dieser Zeit nicht abgeschoben werden und sollten bei erfolgreichem Abschluss ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen.



Hintergrundinformation zur Integrationsbereitschaft sächsischer Unternehmen

23. Sitzung des Sächsischen Landtags

Das Thema Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist in den Mitgliedsbetrieben der sächsischen Industrie- und Handelskammern vor allem aus unternehmerischer Sicht außerordentlich präsent. Dies macht nicht zuletzt die hohe Beteiligung an einer sachsenweiten Befragung der Kammern Chemnitz, Dresden und Leipzig im Oktober 2015 deutlich, an der sich mehr als 2.500 Unternehmen aus Industrie, Bau, Handel, Verkehr, Gastgewerbe und Dienstleistungen beteiligten. Rund die Hälfte der Befragten ist davon überzeugt, dass die Zuwanderung Asylsuchender auch eine Möglichkeit ist, den demografisch bedingt drohenden Fachkräftemangel in der Region abzumildern.

Hohe Einstellungsbereitschaft

Über alle Wirtschaftsbereiche hinweg signalisierten 63 Pro-

// Wie aus der Aktuellen Debatte zur 23. Sitzung des Sächsischen Landtags hervorgeht, signalisieren sächsische IHK-Unternehmen bei entsprechenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen eine hohe Beschäftigungs- und Ausbildungsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden. //

zent der Befragten ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Beschäftigung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Mit 78 bzw. 74 Prozent dominieren das Gastgewerbe und die Industrie. Eher zurückhaltend ist der Handel mit 50 Prozent. Deutlich ist die Abhängigkeit von der Beschäftigtenzahl. So würden Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern in 53 Prozent der Fälle Flüchtlingen und Asylbewerbern Chancen auf Beschäftigung bzw. Ausbildung einräumen, Unternehmen mit 500 oder mehr Mitarbeitern hingegen zu 89 Prozent. Neun von zehn Unternehmen machten ihre Einstellungsbereitschaft von einer bereits erteilten Aufenthaltserlaubnis und

59 Prozent von guten bis sehr guten Deutschkenntnissen abhängig. Die Höhe des Mindestlohns wird aber nur von 28 Prozent der Unternehmen als Einstellungshemmnis angesehen.

Konkrete Einstellungsperspektiven bereits für 2016 offerieren 45 Prozent der Unternehmen, wobei auch hier das Gastgewerbe und die Industrie die meisten Nennungen auf sich vereinen.

Bleibeperspektive erforderlich

Hinsichtlich der Bereitschaft zur Berufsausbildung liegt der Wert naturgemäß unter dem der Beschäftigungsmöglichkeiten,

Foto: S. Giersch

da allein 35 Prozent der Befragten nicht über eine Ausbildungsberechtigung verfügen. Weitere 40 Prozent der Unternehmen sind bereit, Flüchtlinge und Asylbewerber auszubilden, wobei 78 Prozent der genannten Ausbildungseinrichtungen auf gewerblich-technische Berufe und 22 Prozent auf kaufmännische Berufe entfallen. Im Kontext der Berufsausbildung kommt der Bleibeperspektive der jungen Leute eine besondere Bedeutung zu. So würden fast zwei Drittel der Firmen ein Ausbildungsengagement daran knüpfen, dass der Aufenthalt ihrer Auszubildenden auch nach Abschluss der Ausbildung gesichert ist.



www.dresden.ihk.de



// Frank Heidan und Henning Homann im Gespräch

Uwe Nösner

Brücken in die Zukunft

CDU und SPD: Investitionssicherheit für Sachsens Kommunen bis 2020

Wie Frank Kupfer, CDU, erklärte, würden mit dem Investitionspaket nicht allein Brücken in Sachsens Zukunft gebaut. Zugleich werde damit auch ein Zeichen gesetzt, dass sich der Freistaat nicht nur um Zehntausende Flüchtlinge kümmere, sondern auch die Möglichkeiten schaffe, das Leben der vier Millionen Sachsen zu gestalten. Die Investitionen würden für die Menschen in Städten und Gemeinden unmittelbar spürbar sein. Gleichzeitig bleibe das Land dem sächsischen Weg in der Finanzpolitik treu: solide Finanzierung ohne Schulden bei hoher Investitionsquote. Damit würden bis zum Jahr 2020 die wichtigsten Investitionen umgesetzt, da mit dem Auslau-

// Die erste Aktuelle Debatte zur 24. Sitzung galt der Investitionssicherheit für Sachsens Kommunen bis 2020. Sie war unter dem Titel »Brücken in die Zukunft« von den Fraktion CDU und SPD beantragt worden. Ende Oktober hatten sich die Staatsregierung, die kommunalen Spitzenverbände und die Koalitionsfraktionen auf ein Investitionspaket für Sachsens Städte und Gemeinden im Gesamtumfang von 800 Millionen Euro geeinigt. //

fen des Solidarpaktes und dem Rückgang der Fördermittel der Europäischen Union Vorsorge zu treffen und Planungssicherheit zu schaffen sei.

Planungssicherheit

Brücken in die Zukunft, so Dirk Panter, SPD, sei ein Programm,

mit dem die Koalition dem Land Planungssicherheit geben und zusätzliche Möglichkeiten für Investitionen eröffnen wolle. Er nannte die 156 Millionen Euro Finanzhilfe vom Bund zur Förderung finanzschwacher Kommunen, die der Ausgangspunkt für das Paket gewesen seien, ein willkommenes Geschenk. Umgerechnet wären das über

vier Jahre hinweg nur 39 Euro zusätzliche Investitionsmittel pro Einwohner gewesen, also eigentlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb sei um das Geschenk noch eine Schleife gebunden worden, verwies Panter stolz auf den Gesamtumfang von 800 Millionen Euro. Die Gelder könnten äußerst flexibel eingesetzt werden und die Förderquoten seien deutlich höher als sonst.

Mogelpackung

Dagegen bezeichnete André Schollbach, DIE LINKE, das Investitionspaket als die größte Mogelpackung des Jahres. Denn es werde künstlich zu einem

Scheinriesen großgerechnet, damit sich die CDU schön darin sonnen könne. Von den 800 Millionen Euro kämen schon mal schlappe 156 Millionen Euro vom Bund. Aber es käme noch besser: 322 Millionen Euro stammten aus dem kommunalen Vorsorgevermögen. Dieses Geld sei den Kommunen erst vom Freistaat weggenommen worden, nur damit es die Koalition der Öffentlichkeit jetzt mit viel Tamtam als Investitionspaket des Freistaates für die Kommunen verkaufen könne. Von den 800 Millionen Euro seien lediglich 322 Millionen originäre Landesmittel, die über einen Zeitraum von fünf Jahren gestreckt würden.

dem Mittelbedarf entsprechend in ausreichendem Umfang Rechnung tragen. Brücken in die Zukunft sollten auch tatsächlich solche sein – und nicht nur kleine Stege.



// Prof. Dr. Georg Unland

Die Gelder sollten nicht mit der klassischen Gießkanne verteilt werden.

24. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch



// Frank Kupfer



// Dirk Panter



// André Schollbach



// André Barth



// Franziska Schubert

Brücken statt Stege!

André Barth, AfD, kritisierte, dass alle Anträge seiner Fraktion, die Neueinstellungen von Lehrern, Polizisten oder in der Justiz enthalten hätten, seitens der Koalition vom Tisch gefegt worden seien. Dasselbe gelte für die Anträge zum Schul- und Krankenhausbau. Nun sei für die Asylpolitik mit einem Mal genügend Geld vorhanden. Angesichts all dieser Aufgaben reichten die vorgesehenen Investitionsmittel bei Weitem nicht aus, um den Investitionsrückstau, der in den letzten Jahrzehnten angewachsen sei, zu beseitigen. Dem müsse die Sächsische Staatsregierung

Klarheit für Kommunen

Franziska Schubert, GRÜNE, bemängelte, dass es für die Abgeordneten des Sächsischen Landtags immer schwerer werde zu erkennen, aus welchem Fonds welcher Schwerpunkt gefördert werde, und forderte diesbezüglich Klarheit. Zudem müsse darüber gesprochen werden, worin der Unterschied zwischen Investitionen und den Auswirkungen nicht investiver Mittel bestehe. Auch die Förderung nicht investiver Maßnahmen sei extrem wichtig, wenn es darum gehe, Ideen und Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Das Projekt »Brücken in die Zukunft« sei eine gute,

aber noch nicht vollumfänglich ausgereifte Idee. Sie erhoffe sich jetzt eine lebhaftere und zielorientierte Diskussion, um den Kommunen zu erklären, was dieses Paket für sie tatsächlich bedeute.

Gemeinsamer Kraftakt

Abschließend würdigte Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland den vorliegenden Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen für ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitions- und Finanzkraft als gemeinsamen Kraftakt von Kommunen und Freistaat. Damit aus den Mitteln des Investitionspakets tatsäch-

lich Brücken in die Zukunft gebaut werden könnten, müssten die Fördermittel intelligent eingesetzt werden. Dabei komme den Kommunen ein hohes Maß an Steuerungsmöglichkeiten, aber auch an Mitverantwortung zu. Die Gelder sollten gerade nicht mit der klassischen Gießkanne verteilt werden. Vielmehr sollten sie auf der Grundlage regionaler Maßnahmenpläne gezielt dorthin gelenkt werden, wo sie für die Erhaltung oder den Ausbau der kommunalen Infrastruktur von besonderer Bedeutung seien.



www.landtag.sachsen.de

Uwe Nösner

Verderben viele Töpfe den Brei?

GRÜNE beantragten Debatte zur Hochschulfinanzierung

// Die zweite Aktuelle Debatte zur 24. Sitzung des Sächsischen Landtags am 20. November 2015 hatte die Fraktion GRÜNE unter dem Titel »Hochschulfinanzierung: Viele Töpfe verderben den Brei?« beantragt. //

24. Sitzung des Sächsischen Landtags

Wie Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, eingangs feststellte, stehe Sachsen bei der Grundfinanzierung weiterhin im letzten Drittel auf der bundesdeutschen Skala. Der Freistaat sei weit entfernt von Spitzenreitern wie beispielsweise Baden-Württemberg. Stattdessen hätten wir ein Potpourri von Programmen und Töpfen. Diese seien zugegebenermaßen zwar alle gestartet, aber letztendlich nur, um die schlimmsten Strohflechter der sächsischen Hochschulpolitik unter Kontrolle zu halten. Hochschulen, so setzte Dr. Stephan Meyer, CDU, dem entgegen, brauchten Freiheit, weshalb in der letzten Wahlperiode das Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet worden sei. Er verwies auf die Drei-Säulen-Finanzierung, die auf der Grundfinanzierung (90 Prozent), dem Leistungsbudget nach Hochschultypen (sechs Prozent) und

dem Innovationsbudget mit Initiativbudget (je zwei Prozent) basiere. Für eine langfristige Förderung und Planungssicherheit müssten Hochschulentwicklungspläne bis 2025 fortgeschrieben werden.

Strukturell unterfinanziert

Die Hochschulen und Universitäten, so Cornelia Falken, DIE LINKE, brauchten eine verlässliche, stabile und auskömmliche Finanzierung. Gegenwärtig seien sie in Sachsen strukturell unterfinanziert. Die Grundfinanzierung müsse angesichts des Zuwachses an Aufgaben unbedingt erhöht werden. Ihre Fraktion fordere in diesem Zusammenhang eine kontinuierliche Personalentwicklung und eine optimale Betreuungsrelation für die

Studenten. Die Parlamentarier und Hochschulpolitiker, so Holger Mann, SPD, sollten froh darüber sein, dass es eine Stellenplanbindung im sächsischen Haushalt gebe und sie über die Haushaltsverweise Einsicht nehmen könnten, wofür das Geld ausgegeben werde. Im Übrigen: Wenn alle kleinen Töpfchen in eine Wanne gekippt würden, bliebe trotz allem dieselbe Menge darin. Bekanntlich seien es auch nicht die Töpfe, sondern nur der eine Topf gewesen, der die Freude am süßen Brei verdorben habe.

Blankoscheck nicht sinnvoll

Wie Dr. Kirsten Muster, AfD, erklärte, gebe es an deutschen Hochschulen mehr Gender-Lehrstühle als Lehrstühle für Informatik. Das sei ein schlechtes

Zeichen. Ihre Fraktion fordere eine auskömmliche Grundversorgung für Forschung und Lehre, vor allem die Freiheit der Lehre. Wer die Hochschulen finanziere, wolle auch inhaltlich mitreden. Deshalb stimme es: »Viele Töpfe verderben den Brei.« Dagegen verteidigte Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange die Form der Hochschulfinanzierung in Sachsen. Es sei zwar richtig zu fragen, ob die Finanzierung ausreichend sei und die Komplexität der Finanzierungsstrukturen den Herausforderungen gerecht werde. Aber statt den Hochschulen einen Blankoscheck auszustellen, komme es vielmehr auf vernünftige Relationen zwischen Transparenz und Verwaltungsaufwand, zwischen Hochschulautonomie und Steuerungsvorgaben sowie zwischen Grundfinanzierung und wettbewerblich vergebenen Budgetteilen an.

Sternstunde des Länderparlamentarismus



Foto: S. Flüßel

// Eine feierliche Veranstaltung im Haus der Kirche würdigte das 25. Jubiläum der ersten Zusammenkunft des Sächsischen Landtags nach der friedlichen Revolution: Am 27. Oktober 1990 war das frei gewählte Parlament am gleichen Ort, dem Sitzungssaal in der Dreikönigskirche, zusammengekommen und hatte damit eine neue Ära politischer Selbstbestimmung in Sachsen eingeläutet. Grußworte sprachen Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler, Ministerpräsident Stanislaw Tillich und die Präsidentin des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes Birgit Munz. Als Festredner traten Landtagspräsident a. D. Erich Iltgen und Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio auf. //

Dr. Thomas Schubert

25 Jahre Sächsischer Landtag

Parlament erinnerte an den demokratischen Neuanfang am 27. Oktober 1990



// Am 27. Oktober 1990 kam in Sachsen erstmals wieder ein frei gewähltes Parlament zusammen, nachdem sich zuvor sächsische Bürgerinnen und Bürger in der friedlichen Revolution 1989/90 das Recht auf freie Wahlen und auf politische Selbstbestimmung erstritten hatten. Der Sächsische Landtag würdigte sein 25. Jubiläum mit einer feierlichen Veranstaltung im Haus der Kirche (Dreikönigskirche) in Dresden, wo die sächsischen Volksvertreter 1990 erstmals tagten und wo bis 1993 der Landtag seine vorläufige Heimat fand. //

In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner an diese sächsische »Sternstunde des Länderparlamentarismus«. Die erste Sitzung des neuen Sächsischen Landtags sei eine »lebendige und kontroverse Arbeitssitzung« gewesen und stehe sinnbildlich für die »nachfolgenden Jahre harter Aufbauarbeit in Sachsen«. Heute, nach einem »erfolgreichen Vierteljahrhundert der parlamentarischen Demokratie

in Sachsen«, sehe sich die Bürgergesellschaft neuen Herausforderungen gegenüber, angesichts derer sich Bürger und Politiker nicht gegenseitig überfordern dürften. Insbesondere müssten die politischen Akteure sich der berechtigten Sorgen der Bevölkerung durch Handeln annehmen. Der Verfassungsstaat und die ihn tragende offene Gesellschaft seien schließlich »äußerst kostbare Güter«, die als »Teile eines lebendigen gesellschaftlichen

Prozesses, der sich Demokratie nennt«, immer aufs Neue bewahrt werden müssten.

Ministerpräsident Stanislaw Tillich würdigte den Sächsischen Landtag als »das Zentrum unserer parlamentarischen Demokratie«, da am Ende der Landtag entscheide, welche Politik für Sachsen gemacht werde. Dabei unterstrich er, dass das 25. Jubiläum keine Selbstverständlichkeit abbilde, weil Demokratie und die für das Leben in der demokratischen Gesell-

schaft nötigen Tugenden nicht selbstverständlich, sondern verletzlich seien. Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen »antidemokratischen Stimmungsmache« mahnte er, »Interessengegensätze gewaltlos und sachlich« auszutragen. Nur dann funktioniere das freie und demokratische Gemeinwesen in Sachsen. Wer indes seine Ziele mit Gewalt durchzusetzen beabsichtige, der handle schlichtweg kriminell.

Hohe Funktionalität

Eine hohe Funktionalität als Gesetzgeber, als Kontrollinstanz der Regierung sowie als Stätte der politischen Willensbildung bestätigte dem Sächsischen Landtag in ihrem Grußwort die Präsidentin des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes, Birgit Munz. Sie appellierte an die zahlreich anwesenden Ab-

// Dr. Matthias Röbner



// Stanislaw Tillich





Fotos: S. Füssel

geordneten, stets dafür Sorge zu tragen, dass Fragen, die die Gesellschaft umtrieben und erschütterten, Gegenstand der Diskussionen im Landtag seien. Die Deutungshoheit dürfe hier nicht denen überlassen werden, die mit dumpfen Parolen Ängste und Hass schürten und versuchten, demokratische Strukturen und rechtsstaatliche

Verfahren zu diskreditieren. Gerade in den »existenziellen Fragen unseres Gemeinwesens« müsse das Parlament der »Ort der politischen Willensbildung« sein.

In seinem Vortrag »Von den Runden Tischen zum Parlament« rekapitulierte der ehemalige Landtagspräsident Erich Iltgen die bewegte Zeit im wie-

derentstehenden Sachsen vor 25 Jahren. Der Weg zum Landesparlament spiegele bis heute ein »Stück sächsische Eigenständigkeit« wider. Detailreich schilderte er das einstige Ringen der neuen politischen Kräfte mit den Vertretern des alten Regimes. Iltgen beschrieb, wie die Reformer der friedlichen Revolution in einem hart um-

kämpften Prozess die Wiedergründung des Landes Sachsen schließlich für sich entschieden, indem sie einen »sächsischen Weg« gingen, der selbst den Berliner Vorgaben trotzte. Die besondere Rolle des Runden Tisches sowie des Koordinierungsausschusses hob er dabei ebenso hervor wie die Funktion der Regierungsbevollmächtigten

// Birgit Munz



// Erich Iltgen





// V.l.n.r.: Alexandra Gerlach (Moderation), Antje Hermenau (MdB a. D., MdL a. D.), Arnold Vaatz (MdB), Dr. Klaus Wallbaum (Redakteur), Dr. Karl-Heinz Gerstenberg (MdL a. D.) und Dr. Werner Reutter (Politikwissenschaftler) // Fotos: S. Füssel

und des Sächsischen Forums, das im Spätsommer 1990 als eine Art basisdemokratisches Vorparlament agierte.

Blick auf die Zukunft

Danach richtete Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio seinen Blick auf die »Zukunft des deutschen Föderalismus«, wobei er dessen »große Vergangenheit« als ältestes deutsches Staatsprinzip nicht aussparte. Föderalität im Sinne einer konstruktiven und komplementären »Verteilung demokratischer Gestaltungsmacht über verschiedene Ebenen« eines Gesamtstaates hinweg sei zukunftsfruchtig.

Die Voraussetzungen dafür lägen in der gegenseitigen Verantwortung, Treue und Rücksichtnahme der Akteure, woran es aber mitunter fehle. Dieses föderative Miteinander müssten sich alle Seiten wieder ins Bewusstsein rufen, auch im präföderalen Europa. Ferner dürfe die Bürgergesellschaft in Deutschland ob ihres eigenen Erfolgs nicht die staatlichen Grundlagen dieses Erfolgs vergessen, zu denen auch der Föderalismus gehöre. Udo di Fabio betonte, dass Rechtsstaat wie Selbstregierung »nicht selbstverständlich« seien und unsere föderale Demokratie auf das Verständnis und das Wollen der Bürgerin-

nen und Bürger ebenso angewiesen sei wie auf die freie und friedliche Konfliktaustragung. »Es kommt darauf an, dass Bürger eine Identität in einem politischen Raum bilden und dann als Gemeinschaft vernünftig gestalten. Das ist die Idee der Föderalität.«

In der abschließenden Podiumsdiskussion »Der Sächsische Landtag 2025 – Die Zukunft der deutschen Landtage« mit Dr. Karl-Heinz Gerstenberg (MdL a. D.), Antje Hermenau (MdB a. D., MdL a. D.), Dr. Werner Reutter (Politikwissenschaftler), Arnold Vaatz (MdB) und Dr. Klaus Wallbaum (Redakteur) erinnerten sich die Zeitzeugen an die

Wiederentstehung des Parlamentarismus in Sachsen und diskutierten das heutige Verhältnis zwischen Bevölkerung und Politik. Die Fragen, wie die Landtagsarbeit und die Debatten künftig interessanter für die Bevölkerung gemacht werden können, wurden ebenso kontrovers diskutiert wie die Thematik der Volksgesetzgebung als eine zukunftsfruchtige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie in Grundsatzzfragen.

Die Rede- und Diskussionsbeiträge der Jubiläumsveranstaltung erscheinen als Heft im Rahmen der FESTAKT-Reihe für Sie zum Nachlesen.

// Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Erste Landtagswahlen im vereinten Deutschland

Am 14. Oktober 1990 wurde der 1. Sächsische Landtag gewählt.

// Der sächsische Freistaat, im Kernland der friedlichen Revolution stark durch die »neuen Kräfte« vorangetrieben, wurde vor 25 Jahren, am 3. Oktober 1990, auf der Meißener Albrechtsburg in einem Festakt aus der Taufe gehoben, nachdem das Ländereinführungsgesetz der DDR-Regierung unter Lothar de Maizière dafür die Voraussetzungen geschaffen hatte. //

Am 14. Oktober 1990, kurz nach der Wiedervereinigung, fanden in den neuen Bundesländern die ersten Landtagswahlen statt. Im Länderwahlgesetz war ein Wahlsystem mit zwei Stimmen vorgesehen – eine für den Kandidaten und eine für die Partei – sowie eine zunächst vierjährige Legislaturperiode. Eine Partei, die die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnte, gelangte in das sächsische Parlament, das aus 160 Abgeordneten bestand.

Wie bereits die Volkskammer- (18. März 1990) und Kommunalwahlen (6. Mai 1990) gezeigt hatten, war die CDU in Sachsen, in der Vergangenheit eher ein »Stammland« der SPD, die mit weitem Abstand stärkste Partei geworden. Bei der Landtagswahl am 14. Oktober (Wahlbeteiligung: 72,8 Prozent) siegte sie, die alle 80 Direktmandate gewann, unter ihrem Spitzenkandidaten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf mit 53,8 Prozent noch deutlicher. Machtkämpfe zwischen den »neuen Kräften« und den »Blockflöten« um den CDU-Landesvorsitzenden Klaus Reichenbach (1990–1991) hatte Kurt Biedenkopf, der geschickt an sächsisches Identitätsbewusstsein appellierte (»Es geht um Sachsen«), einigermaßen zu neutralisieren gewusst.

SPD zweitstärkste Kraft

Die SPD erreichte mit der Spitzenkandidatin Anke Fuchs, der damaligen Bundesgeschäftsführerin der Partei, 19,1 Prozent, das bis heute beste Landtagswahlergebnis für die hiesige SPD. Anke Fuchs war die erste Spitzenkandidatin einer Volkspartei bei einer Landtagswahl. Sie rückte vor allem eine sozial abgefederte Wirtschaftspolitik in den Vordergrund ihrer Agenda und ging zur postkommunistischen Konkurrenz klar auf Distanz. Ehemaligen SED-Mitgliedern verwehrte die Partei prinzipiell den Beitritt. Im Wahlkampf auf soziale Sicherheit setzend, schickte die aus der SED hervorgegangene PDS Eberhard Langer, den früheren Oberbürgermeister von Chemnitz, als Spitzenkandidaten ins Rennen. Von den Mitbewerbern isoliert, erzielte diese Partei bloß 10,2 Prozent. Neues Forum, BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN, die eine Listenverbindung bildeten, schafften unter Dr. Martin Böttger, der in der DDR zu den führenden Bürgerrechtlern gezählt hatte, mit 5,6 Prozent den Einzug in das Länderparlament. Dies gelang auch der für eine schnelle Rücknahme der Enteignungen in der DDR eintretenden FDP (5,3 Prozent), obwohl ihr Spitzenkandidat Dr. Axel Viehweger unter (begründetem) »Stasi«-Verdacht stand. Die unbe-



Foto: SLUB Dresden / Deutsche Fotothek, H. Reinecke

lastete Deutsche Soziale Union, die in der CSU ein Vorbild sah und eine strikte »Vergangenheitsbewältigung« propagierte, scheiterte mit 3,6 Prozent an der Sperrklausel.

Keiner wusste, ob diese Ergebnisse, von bundes- und landespolitischen Motiven bestimmt, situativer Natur waren (dem Wunsch nach schneller Einheit geschuldet) oder struktureller Natur (als Resultat einer prinzipiellen Vorprägung). Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 fiel das sächsische Wahlverhalten ähnlich aus – die CDU siegte mit weitem Abstand (49,5 Prozent). Seit 25 Jahren nimmt die Sächsische Union bei allen sieben Bundestags-, fünf Europa-, sechs Landtags- und diversen Kommunalwahlen den ersten Platz ein. In Brandenburg, einer Hochburg der SPD, sieht das anders aus. Ost ist eben nicht gleich Ost.



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.



Enthusiasmus, gepaart

Im Grunde sind es seit mehreren Jahren zwei Geschichtstage; sie beginnen mit Workshops am ersten. In diesem Jahr war das der 12. November. Dort wurde der Zugang zum Thema »Geschichte« aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet: mit Besuchen von Museen und

anderen Einrichtungen, aber auch seminarähnlichen Angeboten und Talkrunden mit Mitgliedern des Landtags (MdL).

Der zweite Tag war wieder exklusiv den Projekten gewidmet. Die Teilnehmer stellten die Ergebnisse ihrer Arbeiten, festgehalten auf Tafeln und

mit Hilfe technischer Finessen verfeinert, dem neugierigen Publikum vor und erklärten, erörterten und antworteten auf Fragen und Einwürfe. Es war augenfällig, mit welchem Enthusiasmus und welcher ganz erstaunlichen Kompetenz die einzelnen

Teams ihre Anstrengungen vorstellten. Das Funkeln in den Augen des teilweise noch ganz jungen »Historikernachwuchses« verriet viel über den Stolz des Erreichten und Gefundenen.



Fotos: S. Füssel



www.landtag.sachsen.de/de/jugend-politik/

Hans-Peter Maier

// »Geschichte ist die Geschichte unserer Vorfahren. Sie ist es, auf der unsere Identität beruht, weltweit, in Deutschland und natürlich auch in Sachsen!« Die Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, Andrea Dombois, »übersetzte« bei der Begrüßung der Teilnehmer des 11. Jugendgeschichtstages am 13. November im Plenarsaal des Sächsischen Landtags den Begriff »Geschichte« für alle eingängig. Sie betonte, es seien die aktive Auseinandersetzung mit der historischen Dimension selbstgewählter Schwerpunkte und die damit verbundene Vorstellung der eigenen Arbeit in den Räumen des Landtags, die den Jugendgeschichtstag zu einer festen Größe im Veranstaltungskalender des Parlamentes gemacht hätten. //

mit Kompetenz

11. Jugendgeschichtstag
im Sächsischen Landtag

Erstmalig wurden in diesem Jahr Preise vergeben: ein Jury-Preis in Form eines Pokals und ein weiterer Pokal als Anerkennung des Publikums für ein aus dessen Sicht auszeichnungswürdiges Projekt.

Hochkarätige Projekte

Was wie eine Floskel daherkommt, war an jenem Freitag keine: Die Jury hatte die Qual der Wahl. Zwanzig hochkarätige Projekte mussten

studiert und analysiert werden und nach über zweieinhalb Stunden wurde gar die Zeit knapp.

Heraus kam die Ehrung einer Untersuchung zum Thema Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus in Rochlitz. Der Trost bestand letztlich

darin, dass durch den Publikumspreis und weitere von der Sächsischen Jugendstiftung vergebene Aufmerksamkeiten auch jene Projekte mit bedacht werden konnten, die der eine Preis der Jury nicht mit einschließen konnte.





Fotos: Jaroslav Appeltauer



// Heinz Lehmann (Mitte)

Uwe Nösner

Grenzüberschreitende Kooperation

Seminar des Ausschusses der Regionen in Liberec

Ziel des Seminars war die Ermittlung der aktuellen Herausforderungen der innereuropäischen Grenzregionen und die Bewertung der derzeitigen EU-Instrumente zur Unterstützung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Nach Jahren der immer weiteren Integration und Öffnung der Grenzen stehen die europäischen Grenzregionen wie die zwischen Sachsen, der Tschechischen Republik und Polen noch immer vor Problemen. In seinem Redebeitrag hob Heinz Lehmann die Gründung der sogenannten Fünfgemeinde im Jahre 2002, in der sich die tschechischen Gemeinden Šluknow und Jiříkov mit den sächsischen Gemeinden Neusalza-Spremberg, Oppach und Sohland zusammengefunden hatten, als positives Beispiel hervor. Anlass zur Zuversicht gebe auch die wirtschaftliche Kooperation. Die Automarke Škoda stehe dafür beispielhaft. Die Montagebänder in Mladá Boleslav würden durch Komponentenhersteller aus dem polnischen Niederschlesien, Sach-

// Am 17. September 2015 fand in Liberec ein Seminar der Fachkommission für Kohäsionspolitik des Ausschusses der Regionen zur grenzüberschreitenden Kooperation statt. Heinz Lehmann, Mitglied des Sächsischen Landtags und des Ausschusses der Regionen (AdR), hat als Vertreter Sachsens daran teilgenommen und für den Europagedanken geworben. Eingeladen hatten der Liberecer Landrat Martin Puta und Pavel Branda (beide AdR) aus Radlo. //

sen, Böhmen und der Slowakei beliefert. Auf der Negativseite belasteten Fahrzeugdiebstahl und Drogenhandel die Bürger auf beiden Seiten der Grenze. Zur Bekämpfung der oft organisiert vorgehenden Kriminellen sei die weitere Optimierung der polizeilichen und juristischen Zusammenarbeit unerlässlich.

die Sächsische Staatsregierung am 7. September 2015 die Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei zur Förderung der interregionalen und grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie des Europagedankens in Kraft gesetzt. Abschließend nahm Lehmann auch auf die Flüchtlingskrise als größte

Herausforderung des Gemeinschaftsprojektes Europäische Union seit seiner Gründung Bezug. Die EU werde diese Prüfung umso besser bestehen können, je stärker sich die Bürger entlang der Binnengrenzen als Europäer verstünden und zur Stärkung des Zusammenhalts in Europa beitrügen.

Neue Intergruppe

Zugleich begrüßte Heinz Lehmann die im AdR initiierte Gruppe für territoriale Zusammenarbeit. Mit der neuen Intergruppe könnten die bereits etablierten Aktivitäten der Euroregion Neiße und der zahlreichen kommunalen Gemeinschaftsprojekte flankiert werden. Zusätzlich zu den europäischen Förderprogrammen habe





// Blick von der Hammerberghalde auf die Haldenlandschaft (Deformgebiet) Schlema-Alberoda etwa 1960 //
Quelle: Wismut GmbH



// »Biedenkopf-Blick« auf den Kurpark mit Radonheilbad Bad Schlema 2015 //
Quelle: M. Lersow

Martin Clemens/Dr. Liane Deicke

Vom »Tal des Todes« zu »blühenden Landschaften«

5. Exkursion der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtags e.V.

// Seit 1994 stellen ehemalige Landtagsabgeordnete ihre Erfahrungen und Kenntnisse der Entwicklung des Gemeinwesens im Freistaat Sachsen zur Verfügung. Sie setzen sich in Gesprächskreisen und auf Exkursionen mit aktuellen Entwicklungen auseinander. Über ihre Aktivitäten berichten Mitglieder der Vereinigung zweimal jährlich im Landtagskurier. Eine umfassende Darstellung zur Exkursion ist auf www.vemdl-sachsen.de eingestellt. //

Am 29. August 2015 führte uns die Exkursion 2015 zur Wismut GmbH, dem für die Sanierung der Hinterlassenschaften des Uranerzbergbaus verantwortlichen Bundesunternehmen. Im Informationszentrum des Schachts 371 in Hartenstein, dem Standort des Sanierungsbereiches Aue/Königstein, erläuterten uns der Bereichsleiter Carsten Wedekind und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Stefan Hohenhausen die wesentlichsten Sanierungsarbeiten am Standort Schlema-Alberoda. Dazu zählen die untertägigen Verwahrungsarbeiten wie auch die übertägigen Sanierungsarbeiten, insbesondere die umfangreiche Haldensanierung und die Behandlung der anfallenden großen Mengen (ca. 8,7 Mio. m³/Jahr) belasteter Wässer. In einer Wasserbe-

handlungsanlage werden die Schadstoffe, insbesondere Uran, Radium, Arsen und Eisen, so weit entfernt, dass das Wasser schließlich in den Vorfluter Zwickauer Mulde eingeleitet werden darf.

Ziele der Sanierung sind, die Biosphäre weitestgehend vor radioaktiven und toxischen Schadstoffen zu schützen und die sanierten Flächen so weit zu sanieren, dass sie einer Nachnutzung zugeführt werden können. Mit einer permanenten Umweltüberwachung wird der Sanierungserfolg ausgewiesen. So entstehen Flächen für Gewerbe, forstwirtschaftliche Nutzung oder Erholungsobjekte wie das Radonheilbad in Bad Schlema.

Für die Sanierung der Hinterlassenschaft des Uranerzbergbaus sind insgesamt

7,1 Mrd. Euro eingestellt, wovon ca. 5,9 Mrd. Euro bereits aufgewendet wurden, mit derzeit ca. 1.100 Mitarbeitern.

Biedenkopf-Blick

Weiter ging es zur Hammerberghalde, mit Blick auf das Radonheilbad (»Biedenkopf-Blick«), wo uns der stellvertretende Bürgermeister von Bad Schlema, Dr. Titzmann, die beeindruckende Geschichte des Kurortes vortrug.

Die »Zinnkammern« in Pöhl waren die letzte Station. Frau Hiemer, die Schwarzenberger Oberbürgermeisterin, empfing uns und gab einen interessanten Überblick zur Geschichte des Besucherbergwerks. Mit der Grubenbahn fuhren wir bis zur aufgefahrenen Zinnerz-

Lagerstätte »Hämmerlein« ein. Vor Ort erhielten wir Erläuterungen zu den derzeit intensiven Erkundungen auf vorhandene Zinn-, Zink- und Indiumgehalte. Bis zur Aufnahme der Produktion ist es jedoch noch ein Stück Weges. Die Entwicklung der Weltmarktpreise und die Effektivität der Aufbereitungsverfahren haben dabei das letzte Wort.

In den Zinnkammern wurde uns abschließend eine imposante Lasershow geboten. Diese machte die Exkursion zu einem bleibenden Erlebnis.

Wir konnten uns vergewissern, wie Beschlüsse des Landtags, besonders in Richtung Umweltschutz und Altlastensanierung, Wirklichkeit geworden sind. Aus der einst als »Tal des Todes« verschrienen Region ist eine »blühende Landschaft« entstanden, mit Gewerbe, Industrie und Erholung. Glück auf!



www.vemdl-sachsen.de



Folgen Sie der Notenspur! *Martina Findeisen*

// Vom 12. Oktober bis 12. November war im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »Leipziger Notenspur – Musik bewegt die Stadt« zu besichtigen. Auf 42 Tafeln informierte die Schau über Musiktradition von Weltrang und große Musik in der Stadt von heute. Die offizielle Präsentation erfolgte im Rahmen einer Midissage am 28. Oktober, bei der neben dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner auch die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria-Stange, und der Staatsminister der Justiz, Sebastian Gemkow, zu den Gästen sprachen. //

Geschichte ist, so eine griffige Formel des berühmten französischen Historikers Marc Bloch, »Erkenntnis durch Spuren«. Dieser Ausspruch war und ist ein Aufruf, nicht nur in geschlossenen, nicht selten abgeschlossenen Räumen Textquellen, Bilder und wertvolle Exponate zu studieren, sondern hinauszutreten und die Welt selbst zu erkunden«, postulierte Landtagspräsident Dr. Röbner zu Beginn seiner Ansprache.

Spurenleser werden gebraucht

Die Geschichte Leipzigs, aber auch unseres Freistaates insgesamt sei geprägt durch eine geradezu überbordende Fülle an musikalischen Spuren – von gebürtigen Sachsen, von berühmten Studierenden, von Gästen und vielgereisten Musikern, die eine Zeit lang hier Station machten. So natürlich Musik die Grundlage der Leipziger und der sächsischen Kultur sei, so sei das Wissen

darum keinesfalls selbstverständlich. Man müsse die Spuren auch lesen können. Wir brauchten daher die richtigen Kulturtechniken, um die Spuren nicht zu verlieren. Oder anders gesagt: »Wir brauchen Archäologen, Detektive und landeskundige Wanderer – wir brauchen kompetente Spurenleser, die uns in der Gegenwart die Spuren der Vergangenheit aufzeigen, erläutern und so neue Orientierungssysteme schaffen«, so Röbner. Genau das sei das Verdienst der »Leipziger Notenspur«. Mit den derzeit 23 Stationen des Weges könne die künstlerische Topographie einer Stadt erkundet werden, könne man selbst ein Beziehungsnetz knüpfen und die mal verborgenen, mal offensichtlichen Verbindungslinien der Musikgeschichte im Gehen nachvollziehen. Und mehr noch: »Die Idee, wie sie die »Notenspur« verfolgt, kann dann auch den Effekt haben, eine Art kultureller Orientierungslauf zu sein und sich letztlich als Identitätspfad zu erweisen.«

Dank dem Leipziger Bürgersinn

»Dem Leipziger Bürgersinn ist es zu danken, dass mit diesem Kulturprojekt der Leipziger Erinnerung zu den Stätten europäischer Musikgeschichte gelegt wurde, die den Leipzigerinnen und Leipzigern sowie den Menschen aus aller Welt die Musikstadt in Vergangenheit und Gegenwart nahebringt,« betonte Staatsministerin Dr. Stange und setzte fort: »Ich unterstütze nachdrücklich die Notenspurbewerbung für das Europäische Kulturerbe-Siegel und würde mich freuen, wenn diese Ehrung die Mühen krönt.« Bereits heute werde der Verbund der Leipziger Stätten des europäischen Musikerbes auf hohem Niveau mit europäischer Ausrichtung realisiert. Dieser europäische Charakter solle durch die Auszeichnung weiter ausgebaut und insbesondere der gemeinsame Vermittlungsauftritt im Rahmen des durch die Leipziger Notenspur praktizierten Verbundes gestärkt werden.



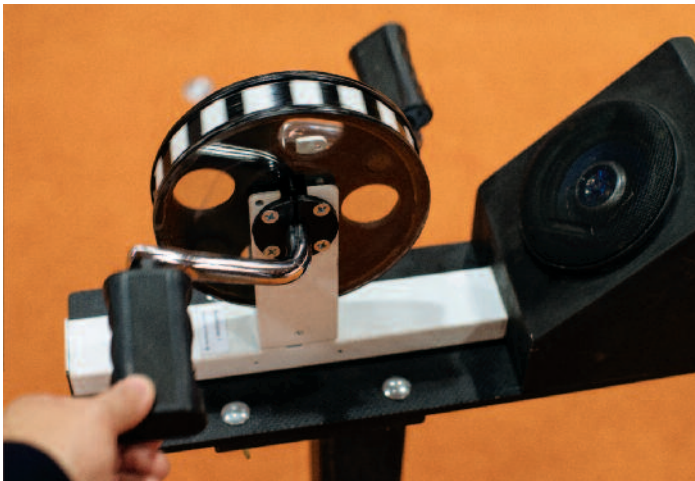
Ein Orchester mit ganz verschiedenen Musikern

Auch Staatsminister Sebastian Gemkow, geboren und aufgewachsen in Leipzig, würdigte die Leistungen des Notenspur e. V. Die Initiatoren hätten es mit Fleiß, mit Fantasie und – vor allem – mit einem beeindruckenden Durchhaltevermögen geschafft, dass die silbernen Bänder der Notenspur heute das Stadtbild Leipzigs mitprägen. Die Ausstellung werfe aber auch Fragen auf, etwa nach den

engagierten Bürger, die diese Stadt und das Orchester mit ihrem Können, ihrer Kreativität und ihrem Mut am Klingen halten. Und die Leipziger Notenspur (...) spielt in diesem Orchester mittlerweile ganz souverän die 1. Geige«, so Gemkow.

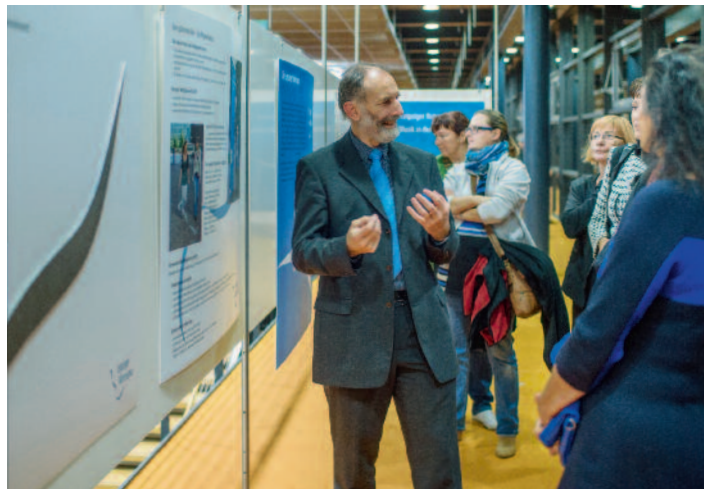
Musik spricht alle Sprachen

Professor Werner Schneider, Leiter der Notenspur-Initiative, dankte zunächst allen Beteilig-



Rahmenbedingungen für eine noch bessere Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements oder den Möglichkeiten, unsere Geschichte, unser historisches Erbe Jugendlichen und Menschen über alle Bildungsgrenzen hinweg näherzubringen. Die Leipziger Notenspur leiste bei der Beantwortung dieser Fragen einen unverzichtbaren Beitrag. Eine Großstadt wie Leipzig könne nur als Gemeinschaftsleistung funktionieren (...), wie ein Orchester mit ganz verschiedenen Musikern. »Die Stadtverwaltung sitzt tönend an den Posaunen. Der Freistaat bläst elegant die Trompeten. Die Wirtschaft sorgt an den Pauken für einen kräftigen Unterbau. Dazwischen, an den Oboen, Flöten und Hörnern und unter den Streichern, sitzen all die

ten für das große ehrenamtliche Engagement und ging dann vertiefend auf ein Stichwort ein, das – auf den ersten Blick – eigentlich kaum mit der »Notenspur« in Verbindung zu bringen ist: »Einbürgerung«. »Es ist in der Tat erstaunlich, dass unsere großen Komponisten zu unseren Mitbürgern werden, wenn sie wieder eine Adresse, ein Zuhause in unserer Stadt bekommen. Einbürgerung heißt: Sie kehren damit nicht nur in Gebäude zurück, sondern in unser Gedächtnis, in unsere Gedanken und Herzen. So ist es in den letzten 25 Jahren mit Mendelssohn, Schumann, Grieg und Wagner geschehen. Andere wie Telemann oder Lortzing und die jüdischen Komponisten des 20. Jahrhunderts sind noch nicht wieder eingebürgert in



Leipzig, weil sie keinen Ort haben, an dem sie zu Hause sind, sozusagen noch obdachlos sind. Das wollen wir ändern, auch ihnen wieder ein Zuhause unter uns geben und sie in unsere Stadt zurückholen, sie wieder einbürgern«, erläuterte Schneider. Eine andere Seite der Musik helfe uns bei der Einbürgerung von Migrantenkindern: Musik spricht alle Sprachen. (...) »Wenn wir unsere Leipziger Musik miteinander teilen,« so Schneider, »wenn wir Kinderszenen von Schumann vorspielen und jedes Kind, egal wo es aufgewachsen ist und ob es deutsch spricht, sofort erkennt, welches Stück Schumann »Träumerei« und welches er »Wilder Reiter« genannt hat, staunt man selber wieder über die verbindende Kraft der Musik. Musik spricht alle Sprachen

und verbindet über Kultur- und Sprachgrenzen hinweg. Sie sensibilisiert füreinander und schafft das Gefühl der Zugehörigkeit bei Zugezogenen. Nur wer sich zugehörig fühlt, übernimmt Verantwortung für das Gemeinwesen.«

»Wenn Geschichte Erkenntnis durch Spuren ist, dann erhalten wir mit der »Leipziger Notenspur« wortwörtlich »en passant« die spürbare Erkenntnis, welcher kulturelle Reichtum in Leipzig seine Spuren hinterlassen hat. Und wir erfahren, dass es sich stets lohnt, auf die Musik zuzugehen – sie wird einen gastfreundlich empfangen.« Ganz im Sinne dieser Worte von Landtagspräsident Dr. Rößler legen wir Ihnen ans Herz: Folgen Sie doch einmal persönlich der Leipziger Notenspur, es lohnt sich!

Fotos: O. Killig





// V.l.n.r.: Andreas Hofmann, Edith Schriefl, Janosch Pastewka, Caroline Förster, Matthias Kopietz, Dr. Silke Marburg, Jan Bergmann // Fotos: R. Deutscher

Hans-Peter Maier

»Geschichte der Landtage: Nur wer redet, wird auch gehört«

// Ob das den Machern damals klar war? Als vor zwei Jahren – 2013 – der Sächsische Landtag zusammen mit der TU Dresden beschlossen hatte, das Graduiertenkolleg »Geschichte der Sächsischen Landtage« ins Leben zu rufen, geschah dies exakt 575 Jahre, nachdem der erste Kursächsische Landtag durch Kurfürst Friedrich II. und seinen Bruder Herzog Wilhelm III. einberufen worden war. Längst ist allen Beteiligten klar: Es geht um nichts weniger als um eine umfassende und geschlossene Darstellung sächsischer Parlamentsgeschichte. Dafür hat der Sächsische Landtag ein Habilitationsstipendium und sechs Dissertationsstipendien ausgegeben und sich dafür eingesetzt, dass die Forschungsergebnisse in einem »Handbuch zur Geschichte der Sächsischen Landtage« zusammengefasst werden können. Mitglieder des Geschichtskollegs hatten sich vom 28. bis 30. Oktober im Ständehaus eingefunden, um den Stand ihrer Forschungsarbeiten vorzustellen und die möglichen Ergebnisse zu skizzieren. //

In seiner Begrüßung mahnte der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbler, als »einer, der das Promotionsverfahren schon lange hinter sich hat«, zu integrierender Arbeit: »Bohren Sie gründlich und tief, arbeiten Sie geistreich und schreiben Sie die Geschichte der Institutionen und der Menschen auf, die unsere sächsische Geschichte geschrieben haben!«

Letztlich gehe es um Vertrauen. Vertrauen in die Gesell-

// Dr. Matthias Röbler



// Prof. Dr. Johannes Helmroth



// Prof. Dr. Uwe Israel



schafts- und Regierungsform »Demokratie« sei vom Vertrauen in die handelnden Personen – auch die Wissenschaftler – und in die Seriosität ihrer Arbeit nicht abzukoppeln. Im Angesicht der gerade zu Ende gegangenen Feierlichkeiten zu einem Vierteljahrhundert Freistaat Sachsen zeigte sich Rößler stolz: »Vor 25 Jahren ist die parlamentarische Demokratie zu uns nach Sachsen zurückgekehrt!«

immer wieder ein Innehalten notwendig macht.« Das Kolleg im Ständehaus des Sächsischen Landtags war sozusagen gedacht als »Zwischenbericht« zum Entwicklungsstand der laufenden Dissertationen.

»Der Ursprung alles demokratischen Handelns ist die Rede. Die freie, unabhängige, durchaus auch kämpferische Rede!« Als international renommierter Professor der Mediävistik an der Humboldt Universität

leiten ließe. Die ersten Gehversuche unter Schwarz-Rot-Gold vor mittlerweile 183 Jahren in Hambach seien gekennzeichnet gewesen von kämpferischen Reden selbstbewusster Bürger, die sich immer wieder darauf beriefen, dass die Gedanken frei seien.

Für Helmrath war dies ein wichtiger Meilenstein und eine enorme Fundgrube bei der Spurensuche nach aktuellen Formen der von den Sophisten

zurückzunehmen, wenn die Substanz der Rede zu schwinden droht«, führte Helmrath aus und verwies auf Fidel Castro, der einst eine achtstündige Rede mit den Worten begann: »Ich werde mich kurzfassen!«

Helmrath entwarf ein Szenario, nach dem politische Willensbildung und insbesondere die Entwicklung der Landtage hin zu einer demokratischen Verfasstheit in ganz wesentlichen Bereichen von der Rede an sich und den rhetorischen Fähigkeiten der Vortragenden im Besonderen abhängig waren und immer noch sind.

Fazit einer bislang rund 800 Jahre dauernden Geschichte »organisierten politischen Beratschlagens, Debattierens, Repräsentierens und Entscheidens in Sachsen« war, dass Menschen mit unterschiedlicher Verve und ebenso unterschiedlichem Vermögen um Veränderungen und Verbesserungen gerungen haben. Den Wissenschaftlern war aber auch klar, dass sich ihre Aufgabe nicht in der Würdigung der Leistungen der Geschichtsschreibung erschöpfen würde, sondern an deren Umsetzung und »Übersetzung« ins Verständliche zu orientieren habe. Die Nagelprobe hierzu ist das Lehrerseminar im Plenarsaal zum gleichen Thema am 25. November, wenn wissenschaftliche Geschichtsbetrachtung auf schulische Aufbereitung trifft.

Die beim Geschichtskolleg vom 28. bis 30. Oktober 2015 gehaltenen Vorträge werden in der Broschüre »DIALOG 8« veröffentlicht. Näheres werden wir im Internet mitteilen.



Innehalten ist notwendig

Die Professoren Uwe Israel und Josef Matzerath von der TU Dresden hatten in ihrer Einführung klar umrissen, wie wichtig das Geschichtskolleg für die weitere Arbeit am Projekt »Geschichte der Sächsischen Landtage« sei: »Wir sind der Überzeugung, dass die wissenschaftliche Aufbereitung der Geschichte der Landtage

zu Berlin ist Johannes Helmrath auch Sprecher eines Sonderforschungsbereichs, der, besetzt mit 20 Professoren und 60 Doktoren, Transformationsprozesse der Gesellschaften seit der Antike wissenschaftlich beleuchtet und bewertet (vgl. Landtagskurier 6/15, S. 22/23).

Im Grunde sei es problemlos nachzuempfinden: »Nur wer redet, wird auch gehört!« Eine Binsenweisheit, die sich allein aus der semantischen Logik ab-

erfundenen Rhetorik, nicht nur der politisch motivierten.

Rede als Kunstwerk?

Doch existierten auch bei dieser Logik zwei Seiten. Wer rede, der werde auch wahrgenommen – im Guten wie im Schlechten. Zeit zum Schmunzeln: »Es ist eine ganz besondere Gabe – nachzuweisen bei nur ganz wenigen Rednern –, sich dann





Dokumentation zum Festakt am 3. Oktober 2015 im Sächsischen Landtag liegt vor

Die Veranstaltungsdokumentation zur Feierstunde anlässlich des Tages der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2015 im Sächsischen

Landtag ist erschienen. Im 25. Jubiläumsjahr der deutschen Wiedervereinigung beleuchtete Sir Christopher Clark, Professor an der Universität Cambridge und geschätzter Deutschlandkenner, die internationale Dimension der Wiedervereinigung. Der sächsische Bürgerrechtler Frank Richter, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, ließ seine Zuhörer mit seinen persönlichen Betrachtungen an den Ereignissen im Prozess der Wiedervereinigung teilhaben.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml

Foto: S. Füssel

Nachrücker Heiko Kosel (LINKE) im Sächsischen Landtag verpflichtet



19.11.2015 – Zu Beginn der 23. Plenarsitzung hat Landtagspräsident Dr. Matthias Röblier den Abgeordneten Heiko Kosel (Fraktion DIE LINKE) gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtags per Handschlag verpflichtet. Heiko Kosel ist für die ehemalige Landtagsabgeordnete Annkatrin Klepsch nachgerückt. Klepsch hatte ihr Mandat niedergelegt, da sie in das Amt der Kulturbürgermeisterin von Dresden gewählt worden ist. Für Heiko Kosel ist es ein Wiedereinzug in das Parlament: Er gehörte dem Sächsischen Landtag bereits von 1999 bis 2014 an.

Foto: S. Füssel

Parlament bestätigt Andreas Schurig im Amt des Sächsischen Datenschutzbeauftragten



19.11.2015 – Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags haben Andreas Schurig für weitere sechs Jahre zum Sächsischen Datenschutzbeauftragten gewählt. Er erhielt 110 Ja-Stimmen (bei 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen). Schurig hat das Amt seit 2004 inne. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte setzt sich im Interesse der Bürger des Freistaates Sachsen für einen verantwortungsvollen Umgang mit personenbezogenen Daten ein.

SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

16. – 17.12.2015
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

03.–04.02.2016
16.–17.03.2016

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internet-auftritt.

Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röblier vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 25.11.2015

Gastautoren: Martin Clemens/Dr. Liane Deicke (Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Sächsischen Landtags e.V. (Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.), Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt